

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Donnerstag, dem 05. Dezember 2013, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

öffentliche Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister	Kurt	LENTSCH
Stadträtin	Monika	RUPP
Stadtrat	Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI Thomas	HALBRITTER
Stadtrat	Roman	SCHEUER
Stadträtin	Isabell	LICHTENBERGER
Gemeinderat	Ing. Viktor	HORVATH
Gemeinderätin	Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Ing. Günter	KOLAR
Gemeinderätin	Birgit	PECK
Gemeinderätin	Ingeborg	BERGER
Gemeinderat	Ing. Hermann	MICHLITS
Gemeinderätin	Judith	FRANK-UNGER
Gemeinderat	Johannes	MIKULA
Gemeinderat	Mag. Heinz	ZITZ
Gemeinderat	Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderätin	Mag. ^a Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat	Franz	SCHNEIDER
Gemeinderat	Karl	PANNER
Gemeinderat	Johannes	DEPAULY
Gemeinderätin	Mag. ^a Alexandra	FISCHBACH
Gemeinderat	Ing. Johann	LINHART
Gemeinderat	DI Gottfried	HAIDER

Abwesend und entschuldigt:

Vizebürgermeisterin	Elisabeth	BÖHM
Gemeinderat	Stefan	KAST, BA

Schriftführerin	Silvia	GRADWOHL
-----------------	--------	----------

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr.

Vor Eingang in die Tagesordnung ersucht der Vorsitzende einen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Der Städtebund hat die Stadtgemeinde heute angeschrieben und ersucht in der nächsten Gemeinderatssitzung die Entsendung eines Gemeinderates der ÖVP-Fraktion als weiteres delegiertes Mitglied vorzunehmen. Der Bürgermeister ist automatisch delegiert. Es wird daher ersucht, den Punkt aufzunehmen, dass die ÖVP die fraktionelle Wahl der Entsendung eines neuen Städtebundmitgliedes durchführen kann. Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig aufgenommen und hinten angereiht.

Weiters ersucht der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehandelt werden, dies sind der Tagesordnungspunkt 15) Personalangelegenheiten und der Tagesordnungspunkt 16) Berufung – Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses mit Tankstellen- und Barbetrieb (Sky Bistro) sowie Abbruch des Bestandsobjektes nach hinten zu verlegen. Auch diesem Anliegen wird zugestimmt.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Protokollunterfertiger die Verhandlungsschrift vom 19.09.2013 aufgrund eines Missverständnisses noch nicht erhalten haben. Die Verhandlungsschrift vom 19.09.2013 soll daher erst bei der nächsten Gemeinderatssitzung genehmigt werden.

Als Protokollunterfertiger für die heutige Sitzung werden die Gemeinderäte Johannes Depauly und Ingeborg Berger bestimmt.

Gegen den Tagesordnungspunkt 14) Bedarfserhebung und Entwicklungskonzept Kindergärten 2014/2015 wendet GRⁱⁿ Fischbach ein, dass die Unterlagen zu spät zur Verfügung gestellt wurden. Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt und in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt.

T A G E S O R D N U N G

Punkt 1)

Genehmigung Bilanzen 2012 – Freizeitbetriebe GmbH und Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See und Co KG

Bürgermeister Lentsch erklärt, dass formal die Gesellschafter die Bilanzen genehmigen. Gesellschafter der Freizeitbetriebe GmbH sind die Stadtgemeinde Neusiedl am See und der Tourismusverband, beim Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See und Co KG ist es eine Vollversammlung bzw. der Vorstand der KG. Aus Informations- und Transparenzgründen werden die Bilanzen vorher im Gemeinderat genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen, damit der Gemeinderat weiß, was sich bei den ausgelagerten Unternehmen tut.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Bilanzen rechtzeitig erstellt wurden.

Zur Bilanz der Freizeitbetriebe GmbH berichtet der Bürgermeister:

Es gibt erhebliches Anlagevermögen, im Wesentlichen bestehend aus Grundstücken (Umbauten ins Hallenbad und im Seebad, Grundstücke im Segelhafen West sowie das Grundstück des Hallenbades) im Wert von € 7 Mio. an bebauten Grundstücken und € 7,5 Mio. an unbebauten Grundstücken.

Es gibt Betriebsausstattungen, das sind Wirtschaftsgüter, die mehr als € 400,-- wert sind und einer dauernden Nutzung und somit einer nutzungsbedingten Abnutzung unterliegen (z.B. Einrichtung im Hallenbad, Adaptierung in der Veranstaltungshalle, Betriebsausstattung Skaterplatz, Kiosk Seebad, Bauhofeinrichtungsgegenstände). Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit einem Wert von € 466 Tausend verzeichnet.

Es gibt geringfügige Vorräte, wie etwa Badeutensilien für das Hallenbad.

Weiters gibt es Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die bei ungefähr € 26 Tausend liegen, Forderungen wie Finanzamt-Umsatzsteuer, Lohnsteuer mit € 41 Tausend!

Das Wertpapierdepot verzeichnete zum Jahresende 2012 einen Stand von € 548 Tausend, Kassenbestände € 5 Tausend!

Aktive Rechnungsabgrenzungen betragen € 28 Tausend, das sind die Förderungen die auf die Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter abgeschrieben werden.

Auf der Passivseite gibt es das Eigenkapital mit nicht gebundenen Kapitalrücklagen von € 15 Mio., dem stehen gegenüber € 10 Mio. Verlustvorträge aus den letzten 20 Jahren. Der Jahresverlust ist hier inkludiert mit € 624 Tausend, Rückstellungen für nicht verbrauchte Urlaube und für Rechts- und Beratungskosten betragen € 18 Tausend Verbindlichkeiten gegenüber Banken sind in Summe mit € 10 Mio. ausgewiesen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen € 408 Tausend, sonstige Verbindlichkeiten € 343 Tausend!

Das ergibt ein Passivvermögen von € 15,8 Mio..

In der Gewinn- und Verlustrechnung gibt es Umsatzerlöse in Summe von € 1,4 Mio., Waren- und Materialaufwand von € 18 Tausend, Personalkosten von € 391 Tausend in den Löhnen, € 142 Tausend in den Gehältern, Abfertigungen wurde in Höhe von € 20 Tausend bezahlt, gesetzliche Sozialaufwand betrug € 167 Tausend, freiwilliger Aufwand € 15 Tausend (Arbeitskleidung, Weihnachtsfeier,...).

Es gibt planmäßige Abschreibungen in Höhe von € 350 Tausend, sonstige betriebliche Aufwendungen € 35 Tausend, übrige Aufwendungen € 791 Tausend (Energie, KFZ, Werbeaufwand, Beratungsaufwand, Telefon,...).

Damit kommt man zu einem negativen Betriebsergebnis von € -526 Tausend, steuerpflichtige Zinserträge betragen € 57 Tausend, Zinsaufwand € 608 Tausend, Buchwert Abschreibungen aus Finanzanlagen € 622 Tausend!

Dadurch kommt es zu einem Betriebsergebnis von € -703 Tausend Bei außerordentlichen Erträgen gibt es einige Zuschüsse in Summe von € 80 Tausend.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von € -624 Tausend.

Zur Bilanz des Vereins zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See und Co KG berichtet der Bürgermeister:

Der Bürgermeister erklärt, dass dies jene Gesellschaft ist, die den Hochwasserschutz errichtet hat. In Hochwasserschutzbauten wurde investiert und teilweise abgeschrieben in der Höhe von € 1,3 Mio., die Hochwasserschutzbauten sind in der Bilanz mit € 1,1 Mio. verzeichnet. Sonst gibt es keine Aktiva.

An Eigenkapital gibt es die Kommanditeinlage mit € 1 Tausend, Subventionen und Zuschüsse mit € 525 Tausend, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Rückstellungen für Rechts- und Beratungskosten in der Höhe von € 2,1 Mio.. Es gibt 2

Konten bei der Bank Austria, wovon eines davon zu Jahresende auf 0 war, nämlich das Verrechnungskonto und das Kreditkonto ist von ursprünglich € 2 Mio. in der Zwischenzeit auf € 1,6 Mio. gesunken. Das Raiffeisenbankfinanzierungskonto ist von € 494 Tausend auf € 455 Tausend gesunken.

Als Einnahmen und Ausgaben stellen sich nur die Pachteinahmen Grund und Boden dar und Zuschüsse, die von der Gemeinde getätigt werden aufgrund der vertraglichen Vereinbarung. Als Aufwand gibt es die Abschreibungen, geringe Spesen (Postporto,...). In Summe ergibt das ein Betriebsergebnis von € 34 Tausend Zinsen für die Bankkredite von € 32, Gewinn von € 2.172,--.

Die Bilanzen der Freizeitbetriebe GmbH und des Vereins zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See und Co KG liegt als Beilage 1 bei. GRⁱⁿ Sämann-Takacs fragt nach, ob es die Möglichkeit gibt, die Haftungsverhältnisse zwischen Stadtgemeinde Neusiedl am See und Freizeitbetriebe GmbH einzusehen.

Der Bürgermeister antwortet, dass diese in jedem Rechnungsabschluss der Gemeinde im Detail angeführt sind. Darüber hinaus hat er GR Mag. Zitz als Obmann des Prüfungsausschusses nach der letzten Vorstandssitzung angeboten und ersucht, sich die Unterlagen beider Gesellschaften im Prüfungsausschuss anzusehen.

GRⁱⁿ Sämann-Takacs fragt weiter, ob die Freizeitbetriebe GmbH schon einmal geprüft wurde.

Der Bürgermeister antwortet, dass dies jedes Jahr von Mitgliedern des Gemeinderates (die dem Freizeitbetriebe-Beirat angehören) gemacht wurde, die sich die Zeit dafür genommen haben und die Unterlagen gesichtet und auf Rechtmäßigkeit und Sparsamkeit überprüft haben. Trotz Absprache darüber im Gemeindevorstand ist dies leider bis jetzt nicht erfolgt. Diese Vorgangsweise wurde gewählt, weil man sich die Prüfungskosten durch eine externe Wirtschaftsprüfung ersparen wollte, und weil bei externer Prüfung der Prüfungsausschuss keinen Zugriff mehr hat, so ist es in der Novelle der Gemeindeordnung geregelt. So war es auch bis heute ausgesprochener Wille im Gemeinderat.

Der Bürgermeister verliest das Mail, welches er am 11.11.2013 an GR Mag. Zitz gerichtet hat, in dem er ihm angeboten hat, sich einen Termin in der Steuerberatungskanzlei auszumachen, um sich die Belege, Buchungen, etc. zum Jahresabschluss 2012 der Freizeitbetriebe GmbH und des Vereins zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See und Co KG. näher anzusehen und ihn ersucht hat die Bilanzen im Prüfungsausschuss zu behandeln, sowie es im Vorstand besprochen wurde.

Der Bürgermeister berichtet, dass er auf dieses Mail eine kurze Rückmeldung von GR Mag. Zitz erhalten hat, dass er sich bei ihm diesbezüglich melden wird, dies bis heute (in der Zwischenzeit sind drei Wochen vergangen) allerdings nicht erfolgt ist.

GR Zitz teilt mit, dass er sich nicht in der Lage fühlt, eine Bilanz in diesem Ausmaß zu kontrollieren und mit einem Prüfungsvermerk zu bestätigen

Der Bürgermeister erklärt, dass GR Mag. Zitz dies hätte rechtzeitig bekanntgeben müssen, sodass ein Wirtschaftsprüfer hätte beauftragt werden können, außerdem fragt er ob dies auch die Meinung der anderen Prüfungsausschussmitglieder sei. Es gibt darüber eine kurze Diskussion in der die Vorgehensweise von Mag. Zitz kritisiert wird.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass der Geschäftsführer der Freizeitbetriebe GmbH, Hermann Keglovits, Offerte von einigen Wirtschaftsprüfern einholt und diese dann im Beirat vorgestellt werden.

GR Zitz erklärt, dass er dies in der nächsten Prüfungsausschusssitzung diskutieren wird.

Die Genehmigung der Bilanzen der Freizeitbetriebe GmbH und des Vereins zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See und Co KG wird vom Gemeinderat einstimmig vertagt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 2)

Widmungsverordnung „Kalvarienbergsiedlung-NE“

GRⁱⁿ Hitzinger stellt den Antrag, die in der Teilungsurkunde des Herrn DI Horvath vom 09.08.2011 ausgewiesene Trennfläche von 444 m² dem öffentlichen Gut zur Errichtung bzw. Verbreiterung von Straßen und Wegen zu widmen.

Der Bürgermeister erwähnt, dass das Grundstück bei der letzten Gemeinderatssitzung ins Eigentum der Stadt übernommen wurde und es nun als öffentliches Gut gewidmet werden muss.

Der Antrag von GRⁱⁿ Hitzinger wird vom Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss genehmigt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 3)

Errichtung einer provisorischen fünften Kindergartengruppe im TABOKI

Stadträtin Rupp berichtet, dass durch den starken nicht vorhersehbaren Zuzug und dem Faktum, dass drei Integrationsgruppen in den Kindergärten geführt werden, in denen nicht überschritten werden darf, sich die Tatsache ergibt, dass die Stadtgemeinde für das 1. Halbjahr 2014 ca. 15 zusätzliche Kindergartenplätze benötigt, sollten alle Kinder nach dem 3. Geburtstag einen Kindergartenplatz beanspruchen.

Es wurden mehrere Möglichkeiten durchdacht und diskutiert, um eine provisorische Gruppe unterzubringen. Auf Vorschlag des Kindergartensachverständigen der Bgld. Landesregierung wurde überlegt, den Bewegungsraum im Taborkindergarten für eine provisorische Gruppe heranzuziehen. Dieser könnte mit einem geringen Aufwand adaptiert werden (Türen, Fenster, Boden).

Dieses Provisorium soll vorerst nur bis September 2014 bleiben, denn da werden ca. 60 Kinder in die Volksschule wechseln und es kommen voraussichtlich weniger Kinder nach.

Es könnte damit auch die Kinderkrippe des Taborkindergartens entlastet werden, da auch zweieinhalb jährige Kinder in die Kindergartengruppe wechseln könnten.

Stadträtin Rupp stellt den Antrag eine fünfte provisorische Kindergartengruppe im Taborkindergarten zu errichten.

Der Bürgermeister unterbricht und erwähnt, dass er zu Beginn vergessen hat Frau Vizebürgermeisterin Elisabeth Böhm und Herrn GR Stefan Kast zu entschuldigen.

Der Bürgermeister ergänzt zum Antrag von StRⁱⁿ Rupp, dass die Kinder des Taborkindergartens in dieser Zeit die Sporthalle der Taborvolksschule als Bewegungsraum nutzen können, dies wurde auch bereits mit Frau Dir. Csukker besprochen. Am 9. Dezember findet die kindergartenrechtliche Verhandlung statt.

Der Antrag von StRⁱⁿ Rupp wird vom Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss angenommen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämänn-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 4)

Einführung eines mittels Passwort geschützten Zuganges zu den Gemeinderatsprotokollen für alle NeusiedlerInnen

Stadtrat Scheuer erklärt, dass die Gemeinderatsprotokolle aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht mehr auf der Homepage der Stadtgemeinde Neusiedl am See veröffentlicht werden dürfen. Es gibt aber sehr wohl Gemeinden, welche die Gemeinderatsprotokolle auf der Homepage für ihre Bürger bereitstellen.

Daher beantragt StR Scheuer, die Gemeinderatsprotokolle für Neusiedler BürgerInnen mittels eines mit Passwort geschützten Zuganges zur Verfügung zu stellen.

GRⁱⁿ Hitzinger fragt nach, wie das funktionieren wird. StR Scheuer erklärt, dass die Neusiedler BürgerInnen sich in der Bürgerservicestelle der Stadtgemeinde ausweisen müssen und dann ein Passwort erhalten werden. Betreffend der technischen Umsetzung hat er bereits mit Herrn Mag. (FH) Szankovich gesprochen. Dieser hat ihm mitgeteilt, dass er keine größeren Schwierigkeiten darin sieht. Die Verwaltung und Passwortvergabe wäre von der Bürgerservicestelle vorzunehmen.

Stadtrat Scheuer gibt an, dass er sich bei Herrn Mag. Marhold vom Gemeindevertreterverband erkundigt hat, und die Auskunft erhalten hat, dass seitens des Gemeindevertreterverbandes keinerlei rechtliche Einwände gegen einen passwortgeschützten Zugang zu den Gemeinderatsprotokollen bestehen.

GRⁱⁿ Fischbach bemerkt, dass sich dadurch der Verwaltungsaufwand erheblich erhöhen wird. Sie erwähnt auch, dass laut Bgld. Gemeindeordnung § 45 Abs. (7) die Einsichtnahme in genehmigte Verhandlungsschriften jedem wahlberechtigten Gemeindeglied zu erlauben ist.

GRⁱⁿ Fischbach hat sich bei der Gemeindeaufsicht bezüglich des Rechtsgutachtens, welches in Auftrag gegeben wurde, erkundigt. Dieses Rechtsgutachten gibt es allerdings noch nicht.

GRⁱⁿ Fischbach stellt daher einen Gegenantrag, dass bis Vorliegen einer entsprechenden Entscheidung die Protokolle, die unter Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen und unter Einhaltung der Amtsverschwiegenheit zu erstellen sind, wieder auf der Homepage der Stadtgemeinde veröffentlicht werden.

Stadtrat Scheuer entgegnet, dass es sich hierbei um die gleiche Vorgehensweise handeln würde wie vor Entfernung der Protokolle von der Homepage und dies nicht zugelassen ist.

GRⁱⁿ Fischbach argumentiert, dass bei der Erstellung der Protokolle darauf zu achten ist, dass keine datenschutzrechtlichen Verletzungen passieren und personenbezogene Daten in einem Protokoll, welches öffentlich einsichtig ist, nicht enthalten sein dürfen. Weiters stellt sie fest, dass der Antrag der SPÖ auch nicht gemeindeordnungskonform ist.

Der Bürgermeister verliest den genauen Wortlaut des § 45 Abs. (7) der Bgld. Gemeindeordnung und schlägt vor, den Antrag, der von der SPÖ eingebracht wurde, dahingehend zu ändern, die Einführung eines mittels Passwort geschützten Zuganges zu den Gemeinderatsprotokollen zunächst jedem wahlberechtigten Gemeindemitglied zu ermöglichen. Gleichzeitig soll eine Anfrage an das Amt der Burgenländischen Landesregierung gerichtet werden und ein Ersuchen um Überprüfung an den Verfassungsdienst eingeleitet werden, ob die Protokolle generell veröffentlicht werden dürfen.

GRⁱⁿ Fischbach erklärt, dass diese Überprüfung bereits eingeleitet wurde, es aber noch kein Ergebnis gibt.

Stadtrat Scheuer schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, und ihn bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu behandeln.

Der Antrag von Stadtrat Scheuer wird vom Gemeinderat einstimmig vertagt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 5)

Bericht Eisenbahnkreuzungen

Stadtrat Halbritter berichtet, dass Frau Bundesministerin Bures voriges Jahr eine neue Eisenbahnkreuzungsverordnung erlassen hat, in der vorgeschrieben ist, dass alle Eisenbahnkreuzungen in den nächsten 12 Jahren überprüft werden müssen und in den nächsten 17 Jahren an das Gesetz angepasst werden müssen. Bei den Fußgängerübergängen müssen die Überprüfungen innerhalb eines Jahres erfolgen.

In Neusiedl am See hat es in den letzten zwei Monaten zwei Begehungen gegeben, bei denen Stadtrat Halbritter und Stadtrat Scheuer teilgenommen haben. Bei der ersten Begehung sind die Fußgängerübergänge bei der Schlachthausgasse, beim Bundesschulzentrum und beim „Ganslsee“ überprüft worden und es ist festgestellt worden, dass beim Übergang „Ganslsee“ eine Lichtsignalanlage erforderlich ist. Diese würde rund € 300.000,- kosten, wobei € 150.000,- von der Gemeinde zu bezahlen wären.

Stadtrat Halbritter berichtet, dass die Stadtgemeinde RA Dr. Hajek mit einer Berufung beauftragt hat. Einerseits weil das Gesetz nicht verfassungskonform beschlossen wurde und diesbezüglich derzeit ein Verfahren vor dem VfGH anhängig ist und andererseits weil die angeordneten Sicherheitsmaßnahmen nicht notwendig sind, da sich an betroffener Stelle noch nie ein Unfall ereignet hat und die Bahn seit Jahren mit derselben Geschwindigkeit durchfährt.

Stadtrat Halbritter berichtet weiter, dass es eine zweite Begehung gegeben hat beim Fußgängerübergang Bundesschulzentrum und auch hier ein Bescheid erlassen wurde, dass eine Lichtsignalanlage erforderlich ist. Da die Straße zum Bundesschulzentrum geöffnet werden soll und somit aus dem Fußgängerübergang ein PKW-Übergang entsteht, ist nachvollziehbar, dass eine Lichtsignalanlage errichtet werden muss. Es wurde daher gegen diesen Bescheid nicht berufen.

Der Kostenanteil in Höhe von € 150.000,-- wird also in diesem Fall von der Gemeinde getragen werden müssen.

GRⁱⁿ Fischbach fragt nach, wer beschlossen hat den Fußgängerübergang beim Bundesschulzentrum für den PKW-Verkehr zu öffnen.

Der Bürgermeister antwortet, dass diese Öffnung in den langfristigen Verkehrsplanungen der Stadt bereits vorgesehen war. Nach Errichtung des Mittelbahnsteiges wurde die Öffnung mit der Raab-Ödenburger-Bahn vertraglich vereinbart.

GRⁱⁿ Fischbach erwähnt, dass diese Öffnung ein wesentlich größeres Verkehrsaufkommen für das neue Siedlungsgebiet bedeutet.

Stadtrat Halbritter erklärt, dass die Kreuzung Seestraße – Untere Hauptstraße an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ist und es somit notwendig ist, eine weitere Möglichkeit zu schaffen, um zum Bundesschulzentrum, ins Hallenbad oder zum See zu gelangen. Bei der Festlegung der Verkehrsentwicklung in diesem Bereich wurde bereits vor einigen Jahren angedacht neben der Seestraße einerseits von Weiden am See kommend über die Seegärten, Deggendorfstraße in den Bereich Schulzentrum, Freizeitzentrum zu gelangen und auf der anderen Seite über den Gartenweg, Lichtscheidlgraben zum Schulzentrum gelangen zu können.

Zum Bericht Eisenbahnkreuzungen gibt es keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen.

Punkt 6)

Bericht Abwasserverband Großraum Bruck an der Leitha – Neusiedl am See

Der Bürgermeister berichtet, dass der Abwasserverband Großraum Bruck an der Leitha – Neusiedl am See heuer das 20-jährige Bestehen feiert.

Die Stadtgemeinde Neusiedl am See hat damals vor mehr als 20 Jahren den Auftrag der Wasserrechtsbehörde erhalten, die Kläranlage zu adaptieren, zu sanieren oder neu zu bauen. Da in der Nähe der Kläranlage touristisch wichtige Betriebe entstanden sind, war man mit dem Standort sehr unglücklich. Es gab die Überlegung eine Kläranlage im Bereich Obere Wiesen – Csarda zu errichten, mit dem Problem, dass eine wesentlich höhere Reinigungskraft notwendig gewesen wäre, weil der Vorfluter dann der Neusiedler See gewesen wäre, in diesem faktisch nur Wasser mit Trinkwasserqualität eingeleitet werden darf.

Der Bürgermeister berichtet weiter, dass es dann Überlegungen gab etwas mit anderen Gemeinden gemeinsam zu machen.

1993 wurde dann der Abwasserverband Großraum Bruck an der Leitha – Neusiedl am See gegründet, zunächst bestehend aus 11 Gemeinden aus Niederösterreich und 3

Gemeinden aus dem Burgenland. Weiden am See ist dann noch später dazugekommen, somit wird die Kläranlage derzeit von 15 Gemeinden betrieben.

Der Bürgermeister erzählt, dass es damals für die burgenländischen Gemeinden Ziel 1-Förderungen gab.

Die Kläranlage wurde für 140.000 Einwohnergleichwerte errichtet, sie funktioniert sehr gut, es sind 3 Mitarbeiter aus Neusiedl am See beschäftigt.

Der Bürgermeister erwähnt, dass ein Vorteil ist, dass der Vorfluter ein fließendes Gewässer ist, nämlich die Leitha, und dadurch die Reinigungswerte nicht so hochwertig sein müssen wie beim Neusiedler See.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es ein bis zwei Mal pro Jahr eine Mitgliederversammlung gibt, bei denen der Jahresabschluss zur Kenntnis genommen wird. Es gibt eine Budgetplanung, wo genau drinnen steht, was auf die Gemeinden im nächsten Jahr zukommt. Dies geschieht aufgrund einer Hochrechnung der Wassermengen des Vorjahres. So wie es aussieht wird, das heurige Jahr ein kleines Guthaben bringen.

Der Bürgermeister berichtet, dass bis jetzt noch keine Reinvestitionskosten anfielen.

Die Gemeinden wurden angehalten ihre Kanalsysteme in Stand zu halten, weil sonst zusätzliche Kosten durch Eintritt von Grund- oder Regenwasser entstehen.

Zum Bericht „Abwasserverband Großraum Bruck an der Leitha – Neusiedl am See“ gibt es keine Fragen oder Wortmeldungen.

Punkt 07)

Bericht Museumsteich

Der Bürgermeister teilt mit, dass er die Unterlagen für diesen Bericht sehr kurzfristig erhalten hat. Er möchte aber dennoch kurz darüber sprechen.

Der Bürgermeister berichtet, dass beschlossen wurde, beim Museumsteich eine Studie über die Algenzönosen zu beauftragen. Diese Studie wurde von der ARGE Ökologie in Wien erstellt. Der genaue Bericht kann von jedem im Detail eingesehen werden (Beilage 7). Der Bürgermeister gibt an, dass er über die Aussage, dass es einen hohen Wasseraustausch gibt, den es in der Vergangenheit offenbar nicht gegeben hat, etwas irritiert ist. Der Bürgermeister sagt, dass er glaubt, dass das angegebene Fazit daraus, dass die Spundwände zur Lagunensiedlung und im Bereich daneben undicht sind, unzulässig ist. Er schlägt vor, dass man sich im Rahmen einer Vorstandssitzung von einem der Herren der ARGE Ökologie präsentieren lassen sollte, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind, und dies dann im Gemeinderat berichtet.

Der Bürgermeister berichtet weiter, dass im Projekt Museumsteich verankert ist, dass der Museumsteich von den Schlammteilen befreit werden soll. Darüber ob und welche weiteren Maßnahmen noch zu setzen sind, muss man sich erkundigen.

GRⁱⁿ Fischbach ersucht, dass man sich die Luftbilddaufnahmen vom Museumsteich ansieht, da sie den Eindruck hat, dass dieser sukzessive verkleinert wird.

Stadtrat Halbritter sagt, dass er sich das nicht vorstellen kann.

Der Bürgermeister erklärt, dass früher eine große Schilfzunge dabei war.

GRⁱⁿ Fischbach ersucht sich die Bilder dennoch anzusehen. Der Bürgermeister stimmt dem zu.

Stadtrat Halbritter sagt auch, dass er generell Fragen zu diesem Gutachten hat, es für ihn nicht schlüssig ist.

Es gibt keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen zu dem Bericht Museumsteich.

Punkt 08)**Bericht ABEG**

Der Bürgermeister bedankt sich bei allen, die bei der Präsentation „Masterplan Wirtschaftszone Parndorf – Neusiedl am See“ dabei waren.

Der Bürgermeister berichtet, dass die ABEG in der Zwischenzeit die Endabrechnung der Baukosten der Autobahnabfahrt erhalten hat. Es gibt eine Baukostenüberschreitung von circa € 270.000,--. Die Bauaufsicht hatte die Straßenbauabteilung des Landes. Es wurde vertraglich fixiert, dass die Gesamtkosten von € 8 Mio. von den Gemeinden Parndorf und Neusiedl am See über Anliegerleistungen (sogenannte Verkehrsbeiträge, die an die ABEG fließen) zu finanzieren sind, mit geringen Beteiligungen des Landes und ganz geringen Beteiligungen der ASFINAG. Es ist in dieser Vereinbarung aber auch verankert, dass allfällige Kostenüberschreitungen vom Land übernommen werden.

Der Bürgermeister erwähnt, dass es erfreulich ist, dass die ABEG von Anfang an als Unternehmen aufgetreten ist. Ursprünglich war die Gemeinde Neusiedl am See mit 5 % beteiligt und die Gemeinde Parndorf mit 5 %, die anderen Anteile hatten die LVA (Liegenschaftsverwertung und Aufschließung Ges.m.b.H), welche die Grundstücke auf Neusiedler Seite besessen hatte und die WPN (Wirtschaftspark Nord) jene Grundstücke in Parndorf. Diese zwei Gesellschaften haben ursprünglich der Bank Burgenland gehört. Als dann die Bank Burgenland privatisiert wurde, hat das Land diese zwei Gesellschaften übernommen und in die WIBAG eingebracht. Das Land hat sich dann vor 3 oder 4 Jahren entschlossen, sich aus dieser Gesellschaft zurückzuziehen, und die Gemeinden haben mit Gemeinderatsbeschluss diese Anteile übernommen und haben damit ihre Anteile von je 5 % auf je 50 % erhöht.

Die ABEG hatte von Anfang an den Auftrag Verkehrsmaßnahmen zu errichten

Das ganze Projekt war auf € 8 Mio. Brutto Baukosten ausgelegt, da in der Vergangenheit alle Baukosten nur Brutto abgerechnet wurden, das heißt dass jene Unternehmen die ähnliche Straßenprojekte realisiert haben, die Vorsteuer von 20 % nicht zurückbekommen haben.

Der Bürgermeister berichtet weiter, dass die IVB damals das Gebiet Technologiezentrum – Merkur – Mc Donalds – Fachmarktzentrum erschlossen hat. Ein Anschluss an die Bundesstraße war erwünscht und erforderlich. Die Landesstraßenverwaltung hat gefordert, dass ein Kreisverkehr gebaut wird. Es wurde ein Kreisverkehr von der IVB gebaut, diese wollte sich dann die Vorsteuer zurückholen, was aber nicht gelungen ist.

Die Steuerberatungskanzlei Kurt Lentsch ist Steuerberater der ABEG und hat sich mit diesem Problem beschäftigt. Man hat die Konstruktion gewählt, die Grundstücke nicht, wie bei der IVB an die öffentliche Hand abzutreten, sondern im Eigentum der ABEG zu belassen. Die Vorsteuern wurden geltend gemacht, das Finanzamt hat sie nicht gewährt. Es wurde dagegen berufen, es gab eine Berufungsvorentscheidung, diese wurde nicht genehmigt. Dann gab es einen Vorlageantrag und der unabhängige Finanzsenat hat im März dieses Jahres im Zuge der mündlichen Verhandlung der ABEG vertreten durch den Steuerberater Kurt Lentsch vollends Recht gegeben. Daraufhin hat das Finanzministerium eine Berufung beim Verwaltungsgerichtshof gegen diese Entscheidung des unabhängigen Finanzsenats beauftragt. Da dieser Antrag fehlerhaft war, hat der Verwaltungsgerichtshof im September festgestellt, dass die Entscheidung des unabhängigen Finanzsenats rechtsgültig und endgültig anzuwenden ist. Damit bekam erstmalig ein Unternehmen, dass sich faktisch als Straßenerrichtungs-gesellschaft betätigt (mit Ausnahme der ASFINAG) die Vorsteuern aus diesen

Investitionskosten zurück. Es bleibt somit ein wirtschaftlicher Vorteil von rund € 500.000,-- in der Gesellschaft.

Der Bürgermeister merkt noch zur Präsentation „Masterplan Wirtschaftszone Parndorf – Neusiedl am See“ an, dass nicht nur die Autobahnabfahrt gemacht werden soll, sondern nach Gemeinderatsbeschlüssen in Parndorf und Neusiedl am See auch die Verkehrsmaßnahmen, die vom Land gefordert sind, sowie die ökologischen Maßnahmen, die vom Umweltanwalt gefordert werden.

GR MAG. Zitz fragt nach, welche Kosten laut dem Punkt 4a) des Protokolls der Generalversammlung vom 15.10.2013 (Beilage 8) auf die Stadtgemeinde Neusiedl am See zukommen.

Der Bürgermeister antwortet, dass es nach jetzigem Wissensstand keine Kosten gibt, sondern dass es sich um Haftungen handelt. Diese sollen mit den Verkehrsbeiträgen der Grundstückseigentümer, die in der Zukunft Grundstücke erwerben, bezahlt werden.

Der Bürgermeister erklärt weiter, dass es sein kann, dass vorher Darlehen aufgenommen werden, diese werden aber von der ABEG aufgenommen und es deswegen Haftungen gibt, die im Haftungsspiegel der Stadtgemeinde ersichtlich sind.

GR Mag. Zitz möchte ins Protokoll aufgenommen haben, dass der Gemeinde daraus keine Kosten entstehen.

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass aus jetziger Sicht keine Kosten entstehen. Für die Zukunft kann man das aber derzeit nicht sagen, da wir ja nicht wissen, wann welche Verkehrsmaßnahmen zu setzen sind.

Zum Bericht ABEG gibt es keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen.

Punkt 09)

Ansuchen – Vergabe geförderter Bauplatz, Lisa Böhm und Thomas Haberl

Stadträtin Rupp berichtet, dass Frau Lisa Böhm und Herr Thomas Haberl ein Ansuchen um Vergabe eines geförderten Bauplatzes auf dem Kasernenareal gestellt haben. Herr Thomas Haberl lebt seit 29 Jahren in Neusiedl am See. Sie erfüllen die erforderlichen Kriterien

Stadträtin Rupp stellt den Antrag, dieses Ansuchen positiv zu erledigen. Der Bürgermeister fragt, wie viele geförderte Bauplätze es noch gibt. Stadträtin Rupp antwortet, dass es noch 4 geförderte Bauplätze gibt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt der Bürgermeister den Antrag von Stadträtin Rupp zur Abstimmung.

Der Antrag wird vom Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss genehmigt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 10)

Absicht Aufstellung TBPL Oberes Seefeld und Bausperre gem. § 26 RPIG

Stadtrat Halbritter berichtet, dass es im Bereich Oberes Seefeld eine sehr große Fläche gibt, die als Bauland-Mischgebiet und Aufschließungsmischgebiet gewidmet ist. Diese Widmung besteht dort schon seit sehr langer Zeit. Das Gebiet ist allerdings nicht so parzelliert, dass man dort in sinnvoller Weise Bauplätze schaffen kann. Es besteht die Möglichkeit, dass, wenn dort direkt an der Bahnhofstraße gebaut wird, die weitere

Erschließung, die nur von oben aus dem Kreuzungsbereich Bahnhofstraße – Eisenstädter Straße erfolgen kann, blockiert wird.

Stadtrat Halbritter erklärt, dass eine Bausperre verhängt werden soll, damit ein Teilbebauungsplan erstellt werden kann, der eine sinnvolle Nutzung dieses Gebietes, eine Aufparzellierung, eine Schaffung von Straßen und Grünräumen sicherstellen kann. Die bestehende Bebauung wird natürlich berücksichtigt.

Stadtrat Halbritter erklärt weiter, dass die Gemeinde dafür zwei Jahre Zeit hat, in denen man sich überlegen muss, wie es dort ausschauen soll (Straßen, Grünräume, öffentliche Räume, Bauparzellen) und wie es finanziert werden soll, wenn es aufgeschlossen wird. Danach hätte man die Gewähr, dass es sinnvoll aufgeschlossen und erschlossen ist.

Stadtrat Halbritter stellt den Antrag einer Verordnung betreffend der Verhängung einer befristeten Bausperre für zwei Jahre zuzustimmen.

GR Haider Gottfried beantragt, das Grundstück Bahnhofstraße 17 von der Bausperre auszunehmen, weil dieses bereits parzelliert ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass die 6 Parzellen, die bereits bebaut sind, ausgenommen sind, die restlichen 7 Parzellen, die noch nicht bebaut sind, aber sehr wohl Bestandteil der Bausperre sind, weil hier auch Leistungen ans öffentliche Gut zu erbringen sind.

GRⁱⁿ Fischbach merkt an, dass eine langfristige Erschließung auch in den hinteren Reihen gewährleistet sein muss und dass man dafür jetzt die Möglichkeit hat.

Der Bürgermeister fügt noch hinzu, dass damit Maßnahmen für die Allgemeinheit, wie öffentliche Wege, Grünflächen, Versorgungsflächen usw. gewährleistet werden sollen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt der Bürgermeister den Antrag von StR DI Halbritter zur Abstimmung. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach und Linhart.

Gegen den Antrag stimmt: Gemeinderat Haider Gottfried

Punkt 11)

Heizkostenzuschuss 2013/2014

GRⁱⁿ Frank-Unger beantragt, dass es wie in den Jahren davor einen Heizkostenzuschuss der Stadtgemeinde Neusiedl am See für den Winter 2013/2014 geben soll. Die Auszahlung ist an die Richtlinien des Amtes der Burgenländischen Landesregierung gekoppelt. Der Hauptwohnsitz in Neusiedl am See mit Stichtag 20.11.2013 ist Voraussetzung und das Haushaltseinkommen darf der Höhe nach dem Ausgleichszulagenrichtsatz nicht überschreiten. Der Antrag ist in der Bürgerservicestelle bis 28.02.2014 einzubringen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass dies ein wichtiges sozialpolitisches Zeichen ist, dass die Stadtgemeinde trotz Sparmaßnahmen bei den Schwächsten in der Bevölkerung nicht zurückschraubt.

GRⁱⁿ Fischbach bemerkt, dass sie auch der Meinung ist, dass es ein wichtiges Zeichen ist und dass die Grüne Gemeinderatsfraktion auch zustimmen wird, sie aber doch darauf aufmerksam machen möchte, dass die finanzielle Lage sehr ernst ist, und man sich in Zukunft genau überlegen wird müssen, was sich die Gemeinde leisten kann und was nicht.

Der Bürgermeister stimmt dem zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt der Bürgermeister den Antrag von GRⁱⁿ Frank-Unger zur Abstimmung.

Der Antrag wird vom Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss genehmigt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 12)

Vergabe Kanalsanierungsarbeiten Refugium BA 26

GR Horvath berichtet, dass der Kanal im Refugium ziemlich desolat ist, die Regen-, Sicker- und Grundwässer rinnen in den Kanal. Dadurch ist von der Gemeinde auch eine höhere Abgabe an den AWV zu zahlen. Eine dringende Sanierung ist daher erforderlich. Die alten Rohre aus Asbestbeton sind schon größtenteils zersetzt. GR Horvath veranschaulicht dies durch Fotos.

GR Horvath berichtet weiter, dass es eine Ausschreibung durch die Ziviltechnikerfirma Bichler & Kolbe ZT-GmbH gegeben hat. Es sind Angebote von 10 Firmen eingelangt. Nach Durchsicht und Angebotsprüfung hat sich die Firma G. Hinteregger & Söhne Baugesellschaft m.b.H. aus Wien als Bestbieter herausgestellt. Der Angebotspreis beträgt inklusive MwSt. € 389.112,02 und ist damit um ca. € 40.000,- günstiger als das zweitbeste Offert.

GR Horvath stellt den Antrag die Kanalsanierungsarbeiten im Refugium BA 26 an den Billigstbieter zu vergeben.

Stadtrat Scheuer gibt an, dass er die Auskunft erhalten hat, dass es hierfür bereits einen Gemeinderatsbeschluss sowie Darlehen von Seiten des Landes gibt, und fragt nach, ob es sich hierbei um ein altes oder neues Vorhaben handelt.

Stadtrat Halbritter erklärt, dass der Sanierungsbauabschnitt 26 seit zwei Jahren läuft und dass im Rahmen dieses Sanierungsbauabschnittes mehrere Baulose bearbeitet werden.

Es ist vor etwa zwei Jahren im Rahmen des BA 26 um Fördermittel angesucht worden, die Fördermittel sind zugesichert worden und die Genehmigung vom Land ist eingelangt. Die Fördermittel werden jetzt sukzessive abgearbeitet. Es ist damals ein Kredit in der Höhe von ungefähr € 600.000,- aufgenommen worden, Genehmigung und Gemeinderatsbeschluss liegen vor.

Stadtrat Halbritter erwähnt weiter, dass dies der letzte Bauabschnitt ist, der noch gut gefördert ist. Die Gemeinde erhält vom Bund 8 % Förderung und vom Land 20 % Förderung. Neue Anträge würden vom Land nur mehr mit 10 % gefördert werden.

GR Depauly fragt nach, ob oder warum sich die Situation überraschend so verschlechtert hat und wie oft der Zustand kontrolliert wird.

Stadtrat Halbritter erklärt, dass die Kanäle im Refugium und im Segelhafen West in der 70iger Jahren gebaut wurden. Es wurde damals Asbestzement als Rohrmaterial verwendet, das war damals nach dem Beton das Beste. Im Seebereich gibt es aber das Problem, dass an manchen Stellen die Schwefelbelastung sehr hoch ist. Der Schwefel löst den Zement aus dem Asbestzement heraus, es bleibt dann nur mehr eine mehliges Asbesthülle, das Rohr verliert seine Stabilität und dadurch werden teilweise meterlange

Risse verursacht, in denen Wasser eintritt. Die Überprüfung erfolgt regelmäßig, meist bei Verdacht auf Wassereintritt durch eine Kanalkamera.

GR Mag. Zitz fragt nach, ob in diesem Angebot die Entsorgung beinhaltet ist. StR DI Halbritter bejaht dies.

Stadtrat Halbritter fügt noch hinzu, dass in den kommenden Jahren noch weitere Sanierungen im Bereich Segelhafen West notwendig sein werden, welche in diesem Bauabschnitt nicht beinhaltet sind.

GR Linhart fragt nach, wie viel Altlasten es noch aus Asbestbeton gibt.

Stadtrat Halbritter antwortet, dass in Neusiedl am See sehr viele Asbestzementrohre eingebaut wurden, dass es dieses Problem aber nur im Seebereich gibt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt der Bürgermeister den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag von GR Horvath wird vom Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss genehmigt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 13)

Ankauf Container Volksschule Am Tabor und TABOKI

GRⁱⁿ Berger erklärt, dass es um die Container geht, die in der Volksschule Am Tabor und im Taborkindergarten stehen und bis jetzt gemietet wurden.

Es wurde ein Angebot von der Fa. Containex erstellt, der Ankauf der Container würde € 90.000 kosten und würde sich somit bei einer voraussichtlichen Nutzung von mindestens drei Jahren rechnen. Das Ganze wäre in drei Raten zu je EUR 30.000 zu begleichen, die erste Rate wäre Anfang nächsten Jahres fällig.

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass die Überlegung dahinter ist, die Container entweder zu kaufen oder weiter zu mieten. Die Container stehen nun seit drei Jahren dort, wenn sie noch weitere drei Jahre genutzt werden, würde die Gemeinde bereits daran verdienen. Die Container wären im Eigentum der Gemeinde, man könnte sie entweder weiter nutzen oder verkaufen.

Stadtrat Scheuer gibt an, dass die SPÖ Gemeinderatsfraktion nicht dafür ist, die Container anzukaufen, sondern sie weiter zu mieten, da das Provisorium nicht zur endgültigen Lösung werden soll.

Der Bürgermeister erklärt, dass es hier nicht um eine endgültige Lösung geht, sondern um eine betriebswirtschaftliche und zwar darum, ob man in drei Jahren mehr Geld an Miete zahlen soll, als wenn man sie gleich ankauft.

GR Linhart erklärt, dass die Grüne Gemeinderatsfraktion zustimmen wird, da sich die jährliche Miete auf EUR 33.000 beläuft, und somit weniger als drei Jahre notwendig sind, damit sich der Kauf rentiert.

GR Zitz fragt nach, ob man davon ausgeht, dass die Container noch weitere drei Jahre benötigt werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass man sie während der Bautätigkeiten beim Kindergarten und bei der Volksschule sicher noch zwei Jahre brauchen wird, und sie auch danach sinnvoll nutzen kann, z.B. wenn der Bau eines vierten Kindergartens notwendig ist.

Stadträtin Rupp erwähnt, dass die Container nicht schlecht sind, sondern dass sie sehr schön ausgestattet sind.

Da es keine weiteren Fragen gibt, bringt der Bürgermeister den Antrag von GRⁱⁿ Berger zur Abstimmung. Der Antrag wird vom Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss genehmigt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Der Bürgermeister führt fort, dass der Tagesordnungspunkt 14) Bedarfserhebung und Entwicklungskonzept Kindergärten 2014/2015 abgesetzt wurde, somit als nächster Punkt die Wahl des Städtebundmitglieds, dann der Bericht des Bürgermeisters, dann Allfälliges und danach die zwei Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden.

Punkt 19)

Wahl des Städtebundmitglieds

Der Bürgermeister verliest das Schreiben von Herrn OAR Karl Aufner (Geschäftsführer Städtebund und Amtsleiter Mattersburg), indem er ersucht wird, für die nächste Landesgruppenkonferenz in der nächsten Gemeinderatssitzung die Ergänzung vorzunehmen, ein weiteres Gemeinderatsmitglied der ÖVP-Fraktion zu delegieren, da der Bürgermeister automatisch delegiert ist.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass für die ÖVP, denn es ist nur die ÖVP wahlberechtigt, Herr Stadtrat Halbritter als Delegierten entsandt wird.

Da es keine Wortmeldungen gibt, bringt der Bürgermeister den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag wird durch einstimmigen Beschluss der Gemeinderatsmitglieder der ÖVP Fraktion genehmigt. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits und Frank-Unger.

Punkt 17)

Bericht des Bürgermeisters

Generalversammlung der Seewinkel Thermeninfrastruktur Holding GmbH:

Der Bürgermeister berichtet, dass an der Generalversammlung der Seewinkel Thermeninfrastruktur Holding GmbH diesmal Frau StRⁱⁿ Rupp teilgenommen hat, da Frau Vizebürgermeisterin verhindert war.

Der Bürgermeister erwähnt, dass das Projekt Therme aus der Sicht der Gemeinden so funktioniert, wie es geplant war.

Der Bürgermeister ersucht Stadträtin Rupp zu erzählen, was über den Zu- um Umbau berichtet wurde. Stadträtin Rupp berichtet, dass die Therme hinter den Erwartungen ist, das Hotel aber sehr gut läuft. Es werden daher 140 Betten zugebaut. Man möchte vermehrt Familien ansprechen, und das Hotel soll auch für Seminargäste attraktiver werden.

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass die Gemeinden für die Neu-Finanzierung nicht benötigt werden.

Der Bürgermeister ergänzt auch, dass der Zubau der Gemeinde hilft, und zwar von der Finanzierungs- und Haftungsseite, da die zusätzlichen Einnahmen (Ortstaxe, Tourismusabgabe, Grundsteuerteile) die in den neuen Objekten erzielt werden schneller zur Tilgung des Darlehens führen, für welches die Gemeinde auch eine Haftung übernommen hat.

Stadträtin Rupp berichtet weiter, dass 200 Mitarbeiter beschäftigt werden. Eine Mitarbeiterbefragung wurde durchgeführt, welche sehr positiv ausgefallen ist.

Der Bürgermeister fragt nach, ob auch Mitarbeiter aus Neusiedl am See beschäftigt sind.

Stadträtin Rupp bestätigt dies und ergänzt, dass die Mitarbeiter angegeben haben, dass sie sich großteils sehr wohl fühlen und mit den Arbeitsbedingungen zufrieden sind.

Handyparken:

Der Bürgermeister bedankt sich bei Stadtrat Scheuer, der den Anlass dazu gegeben hat, dass dieses Projekt nun realisiert wurde.

Der Bürgermeister berichtet, dass es Folder gibt, es wird auch noch eine Information an alle Betriebe geben, insbesondere an die medizinischen Einrichtungen und Ärzte, weil es dort öfters vorgekommen ist, dass aufgrund von längeren Wartezeiten das Parkticket zwischenzeitlich abgelaufen ist. Durch das Handyparken kann dieses Problem jetzt gelöst werden. Es wird eine Promotionaktion geben. Die Stadtgemeinde hat ein paar Freikarten erhalten, die man an die Betriebe verteilen kann. Die genaue Vorgehensweise soll noch gemeinsam besprochen werden. Der Bürgermeister bedankt sich bei Stadtrat Scheuer für das positive, gemeinsame Agieren.

Neusiedler Advent 2013:

Der Bürgermeister berichtet, dass es leider nicht gelungen ist kurzfristig etwas gemeinsam mit dem Werbeverein zu organisieren.

Der Bürgermeister bedankt sich bei allen für das Engagement in den verschiedenen Bereichen. Es gibt viele, die in irgendeiner Form etwas beitragen, ob durch musikalische Beiträge, Arbeitseinsätzen in den Adventhütten oder Betreuung von Verkaufsständen.

Der Bürgermeister berichtet weiter, dass die Vereine wieder präsent sein werden, und dass es heuer erstmalig einen Kunsthandwerksmarkt geben wird. Auch das Friedenslicht wird heuer wieder ins Adventdorf kommen.

Der Bürgermeister lädt alle herzlich ein, ins Neusiedler Adventdorf zu kommen.

Punkt 18)

Allfälliges

Der Bürgermeister fragt, ob es Anfragen, Wortmeldungen oder Wünsche gibt.

GRⁱⁿ Fischbach fragt nach, wie der aktuelle Stand betreffend der Ausstellung der Bestätigungen der Kindergartenbeiträge ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Kindergärtnerinnen über die weitere Vorgehensweise schriftlich informiert wurden. In Absprache mit der Kindergartenabteilung (LR – Abt. 6) wurde vereinbart, dass die Bestätigungen erst gegen Ende des Kindergartenjahres ausgestellt werden, da sich die angemeldeten Zeiten im Laufe des Jahres ändern können und das Land nur dann eine Förderung ausbezahlt, wenn tatsächlich Geld an die Gemeinde bezahlt wurde. Auch aus

verwaltungsökonomischen Gründen ist keine andere Vorgehensweise seitens der Gemeinde möglich.

GRⁱⁿ Fischbach erkundigt sich, ob sich seit dem Konsolidierungsworkshop etwas betreffend Kindergartenzubau Kindergarten Gartenweg getan hat, ob finanzielle Mittel freigegeben wurden.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Termin seitens der Landesregierung von 09.12.2013 auf 16.12.2013 verschoben wurde.

GRⁱⁿ Fischbach fragt weiters nach, ob es auf die „Resolution Hallenbad“ eine Reaktion gegeben hat.

Der Bürgermeister antwortet, dass bis jetzt keine Rückmeldung eingelangt ist.

GRⁱⁿ Fischbach fragt an, wer das Ortsbildgutachten betreffend des Punkt 16) Berufung – Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses mit Tankstellen- und Barbetrieb (Sky Bistro) sowie Abbruch des Bestandsobjektes bezahlt.

Der Bürgermeister antwortet, dass er sich die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht angesehen hat, da er befangen ist, dass er aber niemanden beauftragt hat.

GRⁱⁿ Fischbach erwähnt, dass es bereits Dezember ist und es noch kein Budget für 2014 gibt.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese Sitzung eigentlich als Budgetsitzung geplant war. Er berichtet, dass der Kassier Hermann Keglovits bei der Gemeindeaufsicht nachgefragt hat, ob ein provisorisches Budget erstellt werden soll. Er hat die Antwort bekommen, dass zunächst das Gespräch am 16.12.2013 abgewartet wird, und wenn dann im Jänner das Budget beschlossen wird, wird das kein Problem sein.

GRⁱⁿ Fischbach bedankt sich für die rasche Umsetzung der elektronischen Amtstafel.

GR Kolar fragt nach, ob schon jemand das Handyparken ausprobiert hat.

Der Bürgermeister bejaht dies und teilt mit, dass es allerdings mit Paybox derzeit ein Problem gibt.

Stadtrat Scheuer erklärt, dass es derzeit eine Umstellung bei Paybox gibt und dass davon einige Handybetreiber betroffen sind.

GRⁱⁿ Fischbach erzählt, dass es im Kurier einen Artikel gegeben hat mit dem Titel „Gemeindefinanzen ab sofort auf Website abrufbar“ in dem drinnen steht, dass seitens des KDZ alle Bürgermeister des Landes angeschrieben wurden und fragt nach, ob die Gemeinde dort mitmacht.

Der Bürgermeister antwortet, dass er nicht angeschrieben wurde.

Stadtrat Scheuer fragt nach, wie es mit der Wiederherstellung der Mängel im Haus Triftgasse 1 aussieht.

Stadtrat Haider Emmerich antwortet, dass einige Mängel vom Bauhof selbst behoben werden können und für den Rest, wie etwa Rauchfänge, werden Firmen beauftragt.

Stadtrat Scheuer fragt weiters nach, ob es in diesem Jahr auch wieder die Weihnachtsbelohnung für die Gemeindebediensteten gibt.

Der Bürgermeister antwortet, dass er vergessen hat, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, er aber, nachdem die Belohnung jedes Jahr ausbezahlt wurde, ohnehin vermutet, dass dadurch schon ein arbeitsrechtlicher Anspruch entstanden ist. Es handelt sich hierbei um € 70,-- für Ganztagsbedienstete und € 35,-- für Halbtagsbedienstete die in Form von Gutscheinen ausbezahlt werden sollen.

Nach Erledigung der Tagesordnung bedankt sich Bürgermeister Lentsch bei allen Mitgliedern des Gemeinderates für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr, wünscht den GemeinderätInnen frohe Feiertage, Glück und Gesundheit für das kommende Jahr. Danach wird von ihm die Sitzung des Gemeinderates um 21.35 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer